

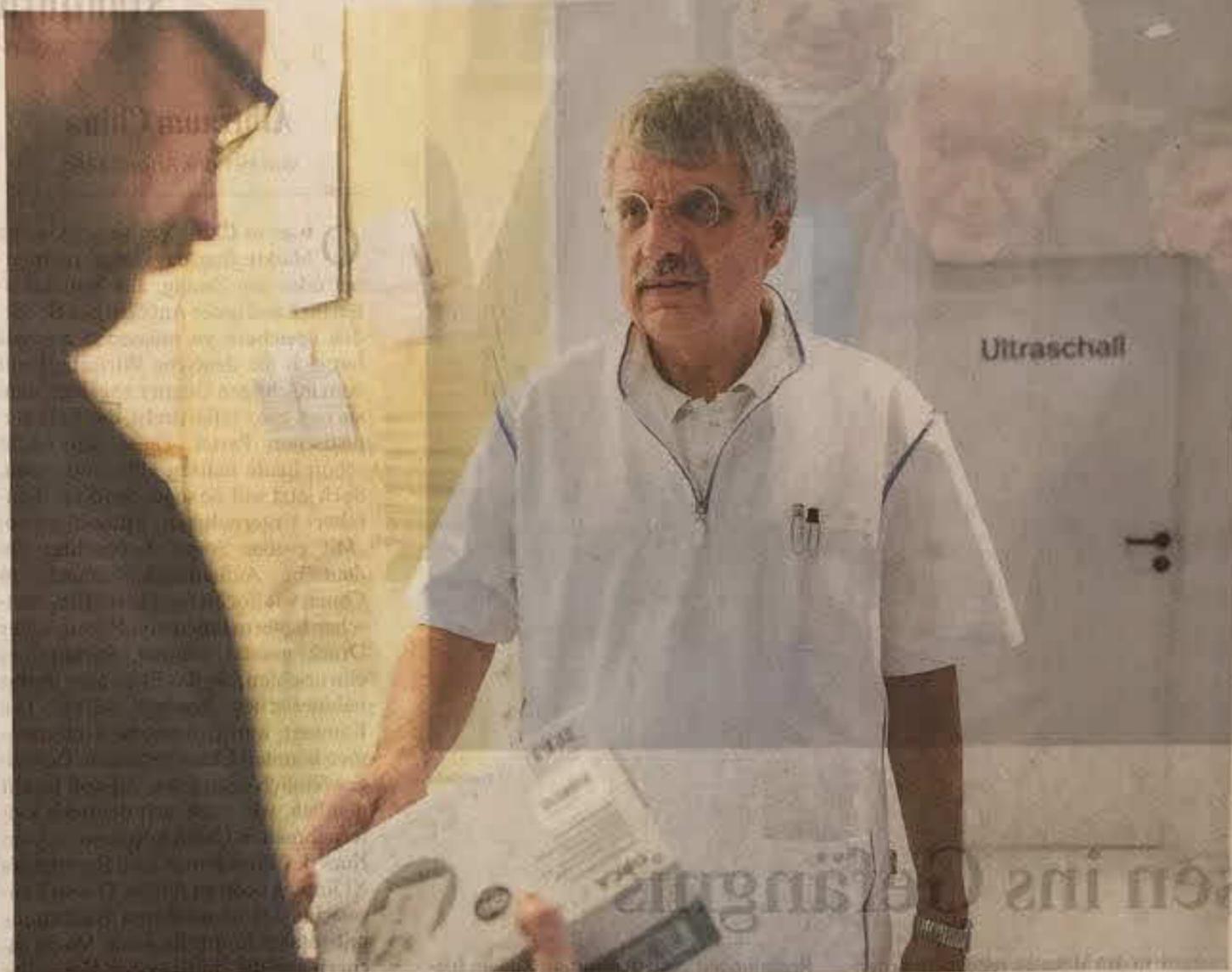
Die hakelige Digitalisierung des Gesundheitswesens

Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser sollen Diagnosen und Medikamentenpläne bald online austauschen. Nach jahrelangen Verzögerungen wurde dafür nun immerhin der Grundstein gelegt.

bee. NEUSS, 27. November. Die kleine weiße Box wirkt vollkommen unscheinbar, doch sie soll Großes bewirken: Als eine der ersten überhaupt wird die Praxis des Neusser Allgemeinmediziners Wolfgang von Schreitter an diesem verregneten Novembermontag an das IT-Netz angeschlossen, das bald alle Arztpraxen, Krankenhäuser, Psychotherapeuten und Apotheken in Deutschland miteinander verbinden soll. Schreitter war schon in der Testphase dabei, daher geht im laufenden Praxisbetrieb alles ganz schnell. Ein Kabel hier, ein Passwort dort und dann ist er online. „Ich hoffe, dass nun wirklich mal etwas in Gang kommt“, sagt er.

Es ist ein Moment, der lange auf sich warten ließ – 14 Jahre um genau zu sein. Schon im Jahr 2003 hat die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) Pläne für eine elektronische Gesundheitskarte angeschoben. Sie soll Diagnosen, Laborwerte und Arztbriefe enthalten, aber auch wichtige Daten für den Notfall wie die Blutgruppe oder Allergien eines Patienten sowie die verordneten Medikamente. All das soll nicht nur helfen, Mehrfachuntersuchungen und die daraus entstehenden Kosten zu vermeiden, sondern auch lebensgefährliche Wechselwirkungen von Arzneimitteln zu verhindern. Grundlage dafür aber ist eine sichere Infrastruktur, die die sensiblen Daten schützt, und genau hier begannen die Schwierigkeiten.

Die Geschichte der Digitalisierung des Gesundheitswesens erinnert an die des Flughafens BER: Termine und Fristen wurden immer wieder verschoben, die Kosten stiegen und stiegen. Auf 1,7 Milliarden Euro sollen sie sich nach Angaben der Innungskrankenkassen bisher belaufen. Die Gründe sind vielfältig. In der eigens gegründeten Trägergesellschaft Gematik beharrten sich die Vertreter von Ärzten und Kassen gegenseitig. Aber auch die Industrie konnte nicht liefern. Die beteiligten Unternehmen meldeten – auch aufgrund ständig steigender Sicherheitsanforderungen – immer wieder Entwicklungsprobleme. Umso erleichterter zeigte sich am Montag Uwe Eibich, Vorstand des Herstellers Compu Group, dass



Digitalpionier: Wolfgang von Schreitter in seiner Praxis in Neuss

Foto: Armin Lick

es nun endlich losgeht: „Wir haben schon ein Fläschchen aufgemacht, als wir die Zulassung bekommen haben.“

Arzt Schreitter hofft, dass die neue Technik ihm den Arbeitsalltag erleichtert. Drei Ärzte arbeiten in seiner Praxis, sie betreuen um die 2000 Patienten im Quartal. Allein mit einem Impfausweis sei eine Arzthelferin zehn Minuten lang beschäftigt, schildert er. „Und wenn der Patient die Praxis wechselt, geht das Spiel von vorne los.“ Ob nun alles besser wird? Schreitter war lange skeptisch, doch Ärzte und Patienten hätten sich in der Erprobungsphase schnell an die Umstellung gewöhnt, sagt er. Allerdings: „Etwa ein Mal im Monat haben wir einen Absturz.“

Bis Ende 2018 sollen alle Arztpraxen an das IT-Netz angeschlossen sein. Für den Fall, dass das nicht gelingt, hat der amtierende Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) vorgesorgt und

Ärzten und Krankenkassen mit empfindlichen Strafen gedroht. Dennoch zögern viele Ärzte noch, sich die notwendigen Geräte zu bestellen. Sie hoffen, dass die Preise fallen, wenn neben der Compu Group auch die Deutsche Telekom und der österreichische Anbieter Rise die nötige Zulassung erhalten. Erst einmal ist die Compu Group der einzige Anbieter der kleinen Geräte mit dem sperrigen Namen „Konnektoren“. Etwa 10 000 Vorbestellungen hat das Unternehmen nach eigenen Angaben. „Das System ist aus unserer Sicht unknackbar“, sagt Vorstand Eibich. Kritiker aus Ärzteverbänden und Kassen allerdings bemängeln, dass es auch längst überholt sei, schließlich basterte es noch auf Plänen aus dem vergangenen Jahrzehnt.

Und klar ist auch: Selbst wenn einmal alle Arztpraxen, Krankenhäuser und Apotheken miteinander vernetzt sind, bleibt

noch viel zu tun. Denn mit dem neuen System können die Ärzte erst einmal nur abgleichen, ob die auf der Gesundheitskarte gespeicherten Daten – Name, Geburtsdatum, Adresse und Versichertennummer – noch aktuell sind. Die vom Gesetzgeber vorgegebene Frist für den Start der elektronischen Patientenakte Ende kommenden Jahres wackelt schon jetzt. Nicht nur der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung rechnet offensichtlich mit weiteren Verzögerungen. Die Techniker Krankenkasse und die Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) entwickeln schon eigene Angebote für eine elektronische Gesundheitsakte. Die AOK hat dazu zwei Pilotprojekte in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin gestartet, die Techniker Krankenkasse hat sich mit dem Softwarekonzern IBM zusammen getan. Auf eine staatliche Lösung wollen beide offenbar nicht warten.

Die Bürgerversicherung wird zum Schreckgespenst

Ärzte, Privatversicherer und Union fürchten die einheitliche Krankenversicherung für alle

rike. BERLIN, 27. November. Sie ist seit Jahren ein Wunschkind der SPD – das Licht der Welt allerdings hat die Bürgerversicherung im Gesundheitswesen noch nicht erblickt. Bislang haben es die Sozialdemokraten in keiner Regierungskonstellation geschafft, die einheitliche Krankenversicherung durchzusetzen.

Den Weg zur Bürgerversicherung wollen die Sozialdemokraten mit einer einheitlichen Honorarordnung für Ärzte ebnen. Bislang verdienen diese mit Privatpatienten mehr Geld, unter anderem, weil sie jede einzelne Leistung in Rechnung stellen dürfen, ohne Budgetgrenze wie bei Kassenpatienten. Die Begründung der SPD für einheitliche Honorare: „Bislang werden Ärzte für die gleichen Leistungen oftmals

Streichung Tausender qualifizierter Jobs als „volkswirtschaftlich irrsinnig und verantwortungslos“ kritisiert“, sagte der PKV-Vorsitzende Uwe Laue am Montag mit Verweis auf die Kritik von SPD-Chef Martin Schulz am geplanten Stellenabbau bei Siemens. „Wirklich verantwortungslos wäre es, aus parteipolitischen Motiven 68 000 qualifizierte Arbeitsplätze in der PKV zu bedrohen.“ Deutschland habe, wirklich

che mit der Union machen, hebe sie damit das deutsche System aus den Angeln. Arztekammer-Präsident Montgomery argumentiert zum einen mit dem Wettbewerb: Erst die Existenz der Privatversicherung den hohen Versorgungsstandard auch in der gesetzlichen Krankenversicherung. Schließlich müssten diese mit den hohen Leistungsversprechen der Privaten mithalten. Zum anderen wies er auf den finanziellen Aspekt eines Systemwechsels hin: „Die Bürgerversicherung würde enorme Mittel